

2/SN-28/ME



Österreichischer Gewerkschaftsbund

GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENSTBundessektion Hochschullehrer
1010 Wien, Teinfaltstraße 7

Tel.: Wien (0222) - 73 55 81 - 463 DW

An das
Präsidium des NationalratesDr. Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	28 - GE 9 87
Datum:	12. JUNI 1987
	12. Juni 1987
Verteilt	Wien

11. Juni 1987

Unser Zeichen - bitte anführen
Zl. 229/87/Wi/Ga

Ihr Zeichen

Betreff: Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Bundesgesetz über die Abgeltung von
Lehr- u. Prüfungstätigkeiten an Hochschulen geändert wird.
GZ: 68.158/7-15/87- BM f.WuF v. 18.05.87

Die Bundessektion Hochschullehrer fordert, daß in § 1 Abs. 3
die Obergrenze der Kollegiengeldabgeltung den im Gehalts-
gesetz 1956 niedergelegten Höchstgrenzen angepaßt wird.

Die Bundessektion Hochschullehrer ersucht darüber hinaus,
durch Novellierung des § 4 (Entschädigung für Prüfungstätigkeit)
sicherzustellen, daß auch Vertragsassistenten Entschädigungen
erhalten wie in den Dienstrechtsverhandlungen moniert und
gefordert.

Die Bundessektion Hochschullehrer protestiert, daß derartige
Gesetzesentwürfe ohne Verhandlungen mit der zuständigen
Gewerkschaft ausgearbeitet werden.

Für die Bundessektion Hochschullehrer

Österreichischer Gewerkschaftsbund
Gewerkschaft Öffentlicher Dienst
Bundessektion Hochschullehrer
A. Univ.-Prof. Dr. Dipl.-Ing. G. Windischbauer
Vorsitzender

Ergeht an:

Präs. Nationalrat 25-fach

BM f.W.u.F. 1-fach

Präs. Gew.Öff.Dienst 1-fach.